Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 75. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 29. März 1933. | 15. Jahrgang.

Der Mensch hat nichts so eigen,
So wohl steht ihm nichts an
Als daß er Treu erzeigen
Und Freundschaft halten kann.

Simon Dach.

Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und die Grundrente.

Jeder Aufstieg des deutschen Volkes aus seiner seelischen und wirtschaftlichen Not erscheint vergeblich, solange es nicht gelingt, die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit einwandfrei klarzulegen und daraus die Mittel, sie zu beseitigen, zu erkennen und das Volk an dem Vorgang der gemeinsamen Gütererstellung wieder zu beteiligen.

Bei dem Versuch, diese Aufgabe zu lösen, erscheint als erstes die Frage: Worin beruhen die unmittelbaren Ursachen dieser unnatürlichen Erscheinung, von der nicht nur Deutschland, sondern mehr oder weniger alle Staaten des westlichen Kulturkreises vor allem Länder wie England und die Vereinigten Staaten ergriffen worden sind? Die Antwort lautet: An einem ungeheuren Mangel an Verbrauchsfähigkeit und somit an Kaufkraft weitester Volksschichten in einem Maße, daß diese Kreise nicht in der Lage sind, auch nur die notwendigsten Unterhaltsmittel zu beschaffen und durch öffentliche Unterstützung erhalten werden müssen.

Diese Erscheinung ist wesentlich auf die in Deutschland und den westlichen Kulturländern bestehende unnatürliche Bodenrechtsordnung zurückzuführen. Die herrschende Rechtsordnung erklärt neben den Erzeugnissen menschlicher Arbeit auch den Boden mit allen seinen Schätzen und Kräften zum schrankenlosen, persönlichen Eigentum des zufälligen Besitzers. Durch diese Rechtsordnung wird der Staat gezwungen, seinen Bedarf an Steuern, Abgaben und Lasten (Soziallasten) fast ausschließlich dem Arbeitsertrage und dem Kapitalaufwande seiner Bürger zu entnehmen. Wobei besonders zu berücksichtigen ist, daß diese Maßnahme den Steuerzahler nicht nur unmittelbar durch die ihm auferlegten Abgaben usw., sondern auch mittelbar dadurch belastet, daß Gewerbe, Handel und Industrie ihre Steuern auf den Preis der Waren schlagen und diese dadurch entsprechend verteuern.

Die so für den einzelnen entstehende Belastung erklärt vollauf den erwähnten Mangel an Konsumfähigkeit und Kaufkraft und läßt die weitere Frage entstehen: Ist das Einkommen, der Arbeits- und Kapitalertrag des einzelnen, die einzige Quelle, woraus der Staat die Mittel zur Bestreitung seiner Bedürfnisse zu ziehen vermag, oder besteht noch eine weitere Möglichkeit der Gütererstellung? Die Antwort lautet: Allerdings besteht noch eine weitere solche Möglichkeit, denn nach volkswirtschaftlichen Begriffen gibt es drei Urheber aller Gütergewinnung, die sich in einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete in dem Ertrage der gemeinsam erstellten Güter teilen: die menschliche Arbeit, das dazugehörige Kapital und der Grund und Boden, indem die Arbeit als ihren Anteil den Lohn, das Kapital, den Zins und der Grund und Boden die Grundrente erhält.

Wenn daher nach deutschem Recht die Eigentümer von Arbeit und Kapital, die Empänger von Lohn und Zins, zur Steuer herangezogen werden, weshalb nicht auch die Eigentümer des Bodens, die Empfänger der Grundrente? Die Antwort lautet: Weil aus einer unnatürlichen und daher falschen Rechtsordnung der zufällige Eigentümer für sich das Recht ableitet, neben dem Ertrage aus Arbeit und Kapital, Lohn und Zins, auch die Grundrente mit Beschlag belegen zu können, woraus nunmehr die weitere Frage entsteht: Ist ein solches Verfahren gerechtfertigt, und wo findet es seine rechtliche Stütze? Die Antwort hierauf kann nur lauten: Der Anspruch kann als gerechtfertigt nicht anerkannt werden, er findet aber seine Stütze in der Auslegung des § 903 des BGB., wonach der Eigentümer über seine Sache — also Grundstück — eine grundsätzlich unbeschränkte Verfügungsgewalt hat. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Die Grundrente, der Zinsertrag des jeweiligen Bodenwertes ist der „Ertrag*) des Bodens, den er ohne jede Arbeits- oder Kapitalaufwendung der Besitzer ergibt". Also: Grundertrag ist der Reinertrag des von Bauten und Verbesserungen getrennten, nackten Bodens und entsteht in einem in der Entwicklung begriffenen Staatswesen aus der steigenden Nachfrage nach Boden infolge des Wachstums und der Kulturarbeit der Volksgemeinschaft in Gestalt öffentlicher Bauten, Verkehrseinrichtungen, Kulturstätten usw. Sie ist also das Ergebnis der gemeinsamen Betätigung und Kapitalaufwendungen, d. h. Steueraufwendungen des Staates, und demnach das unbestreitbare und ausschließliche Eigentum der Volksgemeinschaft, aber keineswegs des jeweiligen Besitzers. Es fehlt somit jeder stichhaltige Grund, den Begriff des Privateigentums, des Eigentumsrechtes am Boden, auch auf die Grundrente oder die natürliche Wertsteigerung des Bodens zu übertragen. Es scheint vielmehr hier eine gewisse Ueberspannung des Eigentumsbegriffs vorzuliegen, die sich aus dem Umstande erklärt, daß auch seitens der Bodeneigentümer eine mehr oder minder erhebliche Ertrags- oder Wertsteigerung des Bodens in Gestalt von Bauten, Bodenverbesserungen u. dergl. m., namentlich auf dem Lande, bewirkt werden kann und auch wird. Diese als künstlich zu bezeichnende Wertsteigerung verbindet sich rechnerisch mit der natürlichen und tragen somit beide gemeinsam zur jeweiligen Preisbildung bei. Grundsätzlich und begrifflich ist aber diese Wertsteigerung von der natürlichen streng getrennt zu halten, denn sie entstammt, wie vorhin erwähnt, einer völlig verschiedenen Quelle der Gütererzeugung, der des Arbeits- und Kapitalaufkommens des Besitzers, und findet im Lohn und Zins seinen natürlichen und selbstverständlichen Ausgleich.

Dieser Umstand aber, das Ineinandergreifen der natürlichen und künstlichen Wertsteigerung, gibt die erklärliche Veranlassung, daß der Grundbesitz, gestützt auf das ihm gesetzlich zuerkannte Eigentumsrecht, nun auch glaubt, seinen Anspruch auf die gesamte — die künstliche und natürliche — Grundrente ausdehnen zu sollen, ohne sich vielleicht darüber klar oder bewußt zu sein, ein wie großes Unrecht der Volksgemeinschaft dadurch zugefügt wird, indem ihr die Grundrente verlorengeht und sie gezwungen wird, die Gesamtlast an Steuern, Lasten und Abgaben zu tragen.

Hieraus aber ergibt sich als vordringliche Aufgabe der Reichsregierung, wie einer jeden politischen Partei, darauf hinzuwirken, daß dies offenkundige Unrecht baldmöglichst behoben wird, und zwar durch Umgestaltung der gegenwärtig bestehenden unnatürlichen Rechtsordnung in dem Sinne, daß dem Staat ein Ueberwachungsrecht an der Verteilung und Nutzung des Bodens mit seinen Schätzen und Kräften zuerkannt wird, wie dies in dem Artikel 151 der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht worden ist, worin es heißt: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, allen deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern"; und ferner: „Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung usw. nötig ist, kann enteignet werden"; und drittens: „daß die Wertsteigerung des Bodens, die ohne die Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar zu machen ist".

In der Verwirklichung dieses Artikels ist der Weg gewiesen, wie der bestehenden Arbeitslosigkeit mit Erfolg entgegengetreten und dem langjährigen ‚dem Volkstum zugefügten Unrecht genüge geschehen kann. Einmal dadurch, daß durch die Besteuerung des nackten Bodenwertes, die Einführung einer Grundwert- oder Grundrentensteuer, die Steuerlast dem Erwerbsleben des einzelnen Staatsbürgers abgenommen und der natürlichen Wertsteigerung des Bodens, der Grundrente und Wertzuwachsrente auferlegt wird, und zweitens, indem durch eben diese Steuer die Bodenspekulation unterbunden und so „billiger" Boden für Siedlungs- und Heimstättenzwecke im weitesten Umfange geschaffen wird.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß zuvor ein einheitlicher Maßstab für die Abschätzung und Bewertung des reinen, unbebauten Bodens gewonnen wird, woran es gegenwärtig in Deutschland noch fehlt. Das „Reichsbewertungsgesetz" vom 22. 5. 31 sieht zwei solcher Maßstäbe vor, den „Ertragswert" und den „Gemeinwert" oder „Verkaufswert" des betreffenden Grundstücks. Es liegt auf der Hand, daß der „Ertragswert" das 25fache des Reinertrages des Grundstücks einschl. Gebäude und Inventar, zur Bewertung des nackten Bodens unanwendbar ist, daß somit nur der „Gemeinwert" in Frage kommen kann. Es ist daher vordringlich, diesen Maßstab als den allein gültigen im „Reichsbewertungsgesetz" eingefügt zu sehen, und empfiehlt es sich zu diesem Zweck, den Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages, den dieser bei der Beratung des „Entwurfs zu einem Reichsstädtebaugesetz" in zweiter Lesung gefaßt hat und dahin lautet, daß in Zukunft aller Boden im Reich nur nach dem „Gemeinwert" bewertet werden soll, zum Gesetz zu erheben, um so eine sichere gesetzliche Grundlage für die Umgestaltung des „Reichsbewertungsgesetzes" in dem gedachten Sinne zu finden.

Worauf es also im gegenwärtigen Augenblick vor allem ankommt, ist, mit allen verfügbaren Kräften dahin zu wirken, daß die entscheidenden Bestimmungen des „Entwurfs zu einem Reichsstädtebaugesetzes" nach den Beschlüssen der zweiten Lesung des Wohnungsausschusses des vorletzten Reichstages unverzüglich in Kraft gesetzt werden und demgemäß durch „Notverordnung" bestimmt wird:

1. daß zur Durchführung des Artikels 155 der Reichsverfassung die Gemeinden verpflichtet werden, Land für Kleingärten und Wohnheimstätten zur Verfügung zu stellen;
2. Sollten zur Bodenbeschaffung Enteignungen nötig werden, so gilt als Entschädigungswert der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes (§ 56) ermittelte Steuerwert;
3. Grundstücke, die zu diesem Zweck enteignet worden sind, dürfen nur unter solchen dinglich wirkenden Sicherungen abgegeben werden, die eine mißbräuchliche Ausnutzung, insbesondere preissteigernder Art, ausschließen.

J. Oldekop, Vizeadmiral z. D.

*) Vergl. hierzu: „Der Große Brockhaus" 1930, Bd. 7, S. 723 (Oppenheimer, Diehl und Mombert, Hoffmeister und Heske).

Eile tut not!

Der Kampf gegen den jüdischen Marxismus ist endlich in die Tat umgesetzt worden, nachdem er 14 Jahre lang als Hauptpunkt auf dem Programm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gestanden hatte. Nach dem Wahlergebnis vom 5. März 1933 soll dieser Kampf sich richten gegen fast 12 Millionen wahlberechtigte Volksgenossen der kommunistischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die mit ihren Familienangehörigen auf rund 20 Millionen Köpfe zu schätzen sind, also fast ⅓ der Bevölkerung des ganzen Deutschen Reiches ausmachen. Alle diese sind seit mehr als 2 Generationen zusammengefaßt in der marxistischen Organisation, die an Geschlossenheit und innerer Durcharbeitung getrost mit der Organisation der katholischen Kirche verglichen werden kann. Dieser Vergleich läßt sich aber auch, und zwar restlos, übertragen auf das geistige, das seelische Gebiet: Wie der gläubige Katholik an seine Kirche glaubt und ihr unbedenklich die Sorge für sein Seelenheil anvertraut, so auch glaubt der überzeugte Marxist in fast kindlichem Vertrauen an die Weltsendung seiner Partei. Diese wird ihm von seinen Bonzen von Jugend auf als das Evangelium eingehämmert, das der Jude Dr. phil. Karl Marx dem Massenproletariat als die Zukunftssonne der Erlösung aus aller Not der Gegenwart verkündet hat. Der erst von Marx in diesem Sinne geschaffene Begriff des Proletariers bezeichnet den durch die Arbeitsmaschine im Dienste der Großverdiener entseelten Massenmenschen. Dieser ist das Ergebnis der überstürzten Industrialisierung zuerst Englands, dann Deutschlands. Die jede Betätigung eigener Persönlichkeit ausschließende, entseelende Beschäftigung des Industriearbeiters, verbunden mit äußerster Herabdrückung des Existenzminimums, bei denkbar jammervollen Wohnungs-Verhältnissen, mußte in kurzer Zeit eine tiefgehende Unzufriedenheit erzeugen, die ihren letzten Grund in der Not der zertretenen Menschenseele hatte. Dieser Prozeß der seelischen Zersetzung ist bereits um 1860 in Deutschland deutlich in Erscheinung getreten. Die Seele großer Volksmengen hungerte! Es wird immer ein unendlich schwerer Vorwurf bleiben für die damals geistig führenden Kreise der Kirche, der Schule, der Wissenschaft, der Regierung, daß sie diesen Seelenhunger nicht erkannt, oder sich seiner nicht hilfreich angenommen haben. Den Gründen hierfür nachzugehen, nützt heute nichts mehr. Jedenfalls hat damals Karl Marx mit klarem Scharfblick und genialer Voraussicht erkannt, daß in jenen unbefriedigten Masseninstinkten eine Energiequelle an das Licht drängte, die nutzbar gemacht werden konnte, um die uralte bibliche Verheißung des jüdischen Volkes, die jüdische Weltherrschaft, der Verwirklichung ein großes Stück näher zu bringen, oder sie gar schon in absehbarer Zeit zur Tat werden zu lassen. So schuf er die Lehre, die wir heute „Marxismus" nennen. Für die Gebildeten kleidete er sie in die Form der materialistischen Geschichtsauffassung, für die große Masse aber in das verführerische Trugbild des proletarischen, internationalen Zukunftsstaates. Und während die Gebildeten im Marxismus eine neue Weltanschauung erblickten, mit der sich wissenschaftlich auseinander zu setzen, bald zum guten Ton gehörte, sogen die seelisch entwurzelten Massen wie Verdurstende die neue Lehre gierig in sich ein. Den noch immer festgefügten Staatsgebilden,

411 Stadt-Bibliothek

besonders dem ehernen Preußentum gegenüber, war die marxistische Strategie zunächst wohl in der Weise gedacht, daß die proletarischen Massen lediglich durch ihre „proles" ihre zahlreiche Nachkommenschaft, also durch den Wahlzettel, dem Judentum Vorspanndienste zur Erreichung der wirtschaftlichen und politischen Macht leisten sollten. Daß dieses „kalte Verfahren" schließlich zum Ziel geführt hätte, zeigen die stetig steigenden Zahlen der marxistischen Stimmen bei den Parlamentswahlen. An die baldige Möglichkeit eines bolschewistischen Experiments dürfte Karl Marx wohl kaum gedacht haben.

Erst der blutige Flammenschein des marxistisch-bolschewistischen Verbrechens am russischen Volke machte die Welt aufmerksam, ohne daß aber die ungeheuer drohende Gefahr in weiten Kreisen erkannt worden wäre. „Deutschland ist nicht Rußland" hieß es tröstend. Einer der wenigen, welche sahen, daß auch die Existenz Deutschlands auf dem Spiel stand, und tatsächlich der einzige, der die praktischen Folgen daraus zog, war

Adolf Hitler!

Er sah seine Lebensaufgabe in dem erbitterten Kampf gegen den jüdischen Marxismus, dessen restlose Vernichtung sein zäh verfolgtes Ziel sein mußte. Der verblendenden marxistischen Idee des Zukunfts-Staates hatte er allerdings nur damals nachgerade verblaßten Gedanken der Vaterlandsliebe entgegen zu setzen, getragen aber und weithin sichtbar emporgereckt durch den rücksichtslosesten Einsatz seiner ganzen, von „unbändigem Willen" durchfieberten Persönlichkeit. Wie aber will man einem Menschen Liebe zum Vaterland predigen, der kein Land seiner Väter kennt? In den 14 Jahren nie ermüdenden Kampfes hat Hitler denn auch, wie die verschiedenen Reichstags- usw. -wahlen gezeigt haben, gegen die überzeugten Anhänger des Marxismus nicht mehr Erfolg aufzuweisen gehabt, als bei gläubigen Katholiken. Immerhin ist es ihm wohl restlos gelungen, weiteren Zuzug zum Marxismus fernzuhalten und alle diejenigen in den Reihen der N.S.D.A.P. zu einigen, die ehrlich eine Besserung der Zustände in Deutschland anstrebten, zuletzt sogar unter fast völliger Auflösung der Splitterparteien. Die arbeitsfähige Rechtsmehrheit aber blieb aus, da das katholische Zentrum die Belange des Marxismus unterstützte.

Inzwischen holte der Bolschewismus zum großen Handstreich gegen Deutschland aus! Außer Adolf Hitler hat wohl niemand die Gefahr der so nahe bevorstehenden bolschewistischen Revolution, die nun auch über Deutschland hereinbrechen sollte, geahnt. Ausgerechnet in letzter Stunde erhielt er endlich am 30. 1. 1933 mit dem Reichskanzleramt die Macht, die er bedurfte, um gerade noch rechtzeitig eine wirkungsvolle Abwehr zu organisieren. Und wären wohl am 5. März 1933 die 54% vaterlandstreuer Stimmen zusammengekommen, wenn nicht, am 27. 2. 1933 wieder noch zur rechten Stunde die flammende Fackel des Reichstagsgebäudes allem Volke die Größe der Gefahr gezeigt hätte, die der jüdische Marxismus für jeden einzelnen Staatsbürger bedeutet? Die 54% Rechtsstimmen, nur 4% über die Hälfte, bedeuten an sich keinen überwältigenden Erfolg, aber sie haben Hitler die gesetzlich unterbaute Möglichkeit gegeben, seinen Vernichtungswillen der kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber endlich in die Tat umzusetzen und die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu zerschlagen. In den wenigen Tagen seit dem 5. März 1933 ist darin schon Durchgreifendes geleistet worden, weit mehr, ja unendlich viel bleibt aber noch zu tun, bis der letzte kleine Funktionär des Marxismus seines unheilvollen Einflusses beraubt sein wird.

Wenn aber das alles geschehen sein wird, was wird dann erreicht sein? Der jüdische Marxismus als politischer Faktor wird vernichtet sein, damit aber auch der Götze, an den 20 Millionen seelisch entwurzelte Menschen wie an Gott geglaubt und in diesem Aberglauben ihrer Seele geborgen gewähnt hatten. Sie wußten wenigstens, wohin sie gehörten. Zurückgeblieben aber sind 20 Millionen aufs neue entwurzelte Seelen, die Hunger leiden, wie einst damals, als der jüdische Marxismus sich ihrer hilfreich annahm! Wer wird diesen Menschen jetzt das Brot geben, das ihren seelischen Hunger stillt? Man wird sagen: Es handelt sich doch um Christen, die bloß in die Kirche zu gehen brauchen, um wieder das Evangelium der christlichen Lehre zu hören, die dann ihren Seelen erquickende Nahrung genug geben wird. Aber man muß hierbei bedenken, daß ein großer Teil der Marxisten, vor allem die bis zu 20 Jahre alten, überhaupt noch nie etwas von christlicher Religion gehört haben, während bei den älteren Jahrgängen die letzten Erinnerungen an den Religions-Unterricht in der Schule durch die Lehre vom allein seligmachenden Zukunftsstaat längst verschüttet sind. Wohl kein Volk der Erde ist oder war jemals so kulturlos, daß es nicht den Gottesgedanken in irgendeiner Form gekannt hat. Erst dem jüdischen Marxismus blieb es vorbehalten, die Gottlosigkeit in unverhülltester Gestalt zu predigen und systematisch zu züchten, kaum behelligt durch die beiden christlichen Kirchen, deren Abwehrmaßnahmen praktischen Erfolg nicht gehabt zu haben scheinen.

Hier tut plötzlich Neuland sich auf: 20 Millionen haben mit einem Schlage den seelischen Halt verloren, an den allein sie sich bis dahin hatten klammern können. Es müßte eine unendlich dankbare Aufgabe, eine ganz besondere Freude sein, ihr Herz mit neuem, edlerem Inhalt von Ewigkeitswert zu füllen! Aber wer soll es tun? Soll, wie es unbedingt nötig ist, in kürzester Zeit Erfolg beschieden sein, so kann es sich nur um Kleinarbeit handeln, die an unübersehbar vielen kleinen und kleinsten Stellen gleichzeitig angesetzt werden muß. Es kann sich also nur um eine wohldurchdachte, umfassende Organisation handeln, für deren organischen Aufbau aber leider kaum noch Zeit vorhanden ist. Denn höchste Eile tut not! Sind die zur geistigen Führung unseres deutschen Volkes berufenen amtlichen und privaten Kreise an die Lösung dieses Problems bereits herangetreten? Ist die Auffnahme-Stellung schon ausgebaut, in die das Proletariat nach der Loslösung vom Marxismus sich zurückziehen kann, um gerettet zu werden? Aber da ist ja in diesen Tagen das neue „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" unter bewährter Leitung eingerichtet worden. Wird dieses sich der entwurzelten Marxisten annehmen? Eine der ersten Aeußerungen Hitlers nach seinem Erfolg am 5. März 1933 war der Hinweis darauf, daß die eigentliche Arbeit am Volke nun erst einzusetzen habe. Er meinte wohl die folgerichtige Erziehung zur Vaterlandsliebe, zum Dienst des einzelnen am Vaterlande. Hierzu ist Aufklärung in weitestem Umfange notwendig und daß sie geleistet werden wird, dafür bürgt uns wiederum die ganze Persönlichkeit Hitlers. Aufklärung wendet sich an den Verstand, wer aber wird sich um das Herz, um die Seele des Volkes kümmern? Wehe, wenn auch diesmal die geistige Führung versagt! Es handelt sich um die Seele des deutschen Arbeiters, der es als größten Schimpf empfand, wenn ihm ein Mitarbeiter zurief, er verständige seine Arbeit nicht. „Deutsch sein heißt; eine Sache um ihrer selbst willen tun!" Die deutsche Arbeit, die jetzt neu aufgebaut werden soll, muß die Seele wieder bekommen, die der jüdische Marxismus ihr geraubt hat. Es kommt darauf an, ihm beizubringen, daß auch seine Arbeit Gottesdienst ist!

Und nochmals: Eile tut not! Der marxistische Feind ist in die Flucht geschlagen, es gilt die von ihm bisher gehaltene Stellung schleunigst zu besetzen, ehe ein anderer, der besser gerüstet ist, zuvorkommt. Wer ist denn dieser andere? — Nun wer sonst, als die katholische Kirche! Sie verfügt über die weitaus beste Organisation der Welt, über die denkbar straffste Leitung an Haupt und Gliedern u. über das zahlreichste, bestgeschulteste Personal. Durch ihren bekannten suggestiven Einfluß auf die Frauenwelt, in Verbindung mit ihren prunkvollen gottesdienstlichen Handlungen, besitzt sie ein Rüstzeug von fast unfehlbarer Wirkung. Sie steht daher der plötzlich ihr gestellten, wenn auch riesenhaften Aufgabe gutgerüstet und tatbereit gegenüber. Wie die katholische Kirche durch ihre Politik keineswegs unschuldig gewesen ist an den gewaltigen Erfolgen des Marxismus, so wird sie sofort bereit sein, nach seinem Erliegen die Vorteile daraus für sich zu ziehen, die ihr irgend erreichbar sind. Hieraus erklärt sich auch die deutliche Schwenkung nach rechts, die gerade in den letzten Tagen bei der katholischen Kirche zu erkennen ist. Sie will ihren Anteil haben an dem Sieg der N.S.D.A.P. über den Marxismus und wird der völligen Niederwerfung desselben nichts mehr in den Weg legen. Dann würde aber der vaterländische Erfolg Hitlers zu einem guten Teil in Frage gestellt, wenn nicht ganz gefährdet werden. Der Marxismus hat sich seine Anhänger zum weitaus größten Teil aus evangelischen Kreisen geholt, sollen sie jetzt, nachdem sie seinen Klauen glücklich entrissen sind, dem Katholizismus ausgeliefert werden?

Eile tut not!

P. Reimer

Notstandsaktion ab 1. April

Ausgabe von verbilligtem Brot und Butter an Hilfsbedürftige.

Berlin, 28. März

Die Hilfsaktion der Reichsregierung, bei der es sich um die Verteilung von 40 000 Zentnern Butter und 700 000 Zentnern Roggen bezw. Brot an die Hilfsbedürftigen der Notstandsgebiete handelt, wird vom 1. April *ab in* Gang gesetzt. Die Gemeinden der Notstandsgebiete bestimmen den Kreis der Hilfsbedürftigen. Um Frachtkosten zu sparen, wird für die Verteilung der Butter die Organisation der Winterhilfe eingeschaltet, der die Reichsbahn Frachtfreiheit zugestanden hat.

Bei der Ausgabe des verbilligten Brotes haben die Hilfsbedürftigen vor allem die Mahl- und Backkosten zu tragen; allerdings haben sich die Bäckereigenossenschaften bereit erklärt, 10 Prozent der Backkosten selbst zu tragen. Das verbilligte Brot wird den Hilfsbedürftigen etwa für die Hälfte des Ladenpreises überlassen.

Vierte Blankenburger Biologische Woche.

Für die diesmalige Blankenburger Biologische Woche, die vom 8. bis 15. April im Sanatorium Dr. Strünckmann in Blankenburg (Harz) stattfinden soll, sind eine Reihe von Fachleuten gewonnen, welche seit Jahren im Dienste der deutschen Wiedergeburt und der Neuordnung des deutschen Lebens stehen. Das Gesamtthema ist:

„Boden und Brot in ihrer Bedeutung für Deutschlands Neuaufbau."

Dr. Wagenbach-Berlin, Stadtbaurat a. D. Faut-Sorau, Prof. Schöpke-Berlin, Pastor Gustav v. Bodelschwingh, Dünne, Kr. Herford, Herr Linkelmann, Geschäftsführer des Verbandes der Landeskulturgenossenschaften, Kiel; Landwirt K. Niemeyer-Cheine, Gartenarchitekt Migge-Worpswede, Senator und Stadtoberbaurat Köster-Harburg-Wilhelmsburg, werden über die verschiedenartigsten Gebiete der Siedlungs- und Ernährungspolitik sprechen. Außerdem behandelt Herr Hans Gregor das Thema: „Das tägliche Brot" von den verschiedensten Gesichtspunkten aus.

Die Kosten für volle Pension, sämtliche Vorträge usw. betragen für 7 Tage M. 42,— und M. 10,50 Unkostenbeitrag für Redner usw.; Einzeltage M. 7,— und M. 1,50 Unkosten. Preis für beanspruchtes Einzelzimmer (sonst 2 Personen auf 1 Zimmer) pro Tag M. 1,— mehr. Wenn 3 bis 4 Personen 1 Zimmer teilen, ermäßigt sich der Preis für den ganzen Kursus pro Tag um M. 1,— (für Jugendliche und solche, die wenig zahlen können, also M. 35,— und M. 10,50 Unkostenbeitrag).

Nähere Auskunft erteilt die Verwaltung des Sanatoriums Dr. Strünckmann, Blankenburg-Harz, wohin man auch die Anmeldung frühzeitig richten wolle.

Haben Sie schon an die Aussteuer Ihrer Tochter gedacht?

Sicherlich werden Sie als vorsorgliche Eltern nicht nur daran gedacht haben, sondern auch schon allerlei in Kisten und Kasten aufbewahren, was für diesen Zweck bestimmt ist. Haben Sie aber auch genügend bedacht, daß wichtiger als Geld und Gut die geistige Aussteuer ist, die Ihre Tochter einmal in die Ehe mit einbringt, und wissen Sie auch, daß Sie ihrer Tochter eine solche geistige Aussteuer zu demselben Preise beschaffen können, den sie für einen einfachen Küchenschrank anlegen müssen? Für einen Preis von RM 50, —monatlich kann Ihre Tochter an einem dreimonatigen Lehrgang für junge Mädchen im Volkshochschulheim Wülfingerode teilnehmen. Der Lehrgang fällt gerade in die schönste Zeit des Jahres, nämlich vom 18. April bis 15. Juli. Wülfingerode selbst liegt im Süden des Harzes zwischen Bergen und Wäldern. Das Heim ist ein altes, schloßähnliches Gutshaus mitten in einem großen Park. Wie eine große Familie leben in diesem Heim die Teilnehmerinnen des Lehrgangs mit den Lehrkräften und der Familie des Leiters zusammen. Allein schon diese Lebensgemeinschaft, die auf den beiden Grundpfeilern: Volkstum und Christentum aufgebaut ist, und in der einer auf den anderen Rücksicht nehmen muß, schafft innere Bereicherung und bringt es mit sich, daß Taktgefühl und schöne Umgangsformen selbstverständlicher Besitz werden. Dazu kommen aber die Arbeitsgemeinschaften über Fragen des Glaubens, der Familie, der Gemeinde, der Wirtschaft und des Staates, bei denen die Aufgaben, aber auch die Verantwortung, die man als Frau im späteren Leben auf sich zu nehmen hat, deutlich werden. Die Arbeitsgemeinschaften werden ergänzt durch praktischen Unterricht im Kochen, Säuglings- und Krankenpflege, Handarbeiten und Hausschneiderei. Lassen Sie sich noch heute einen ausführlichen Prospekt kommen von der Leitung des Volkshochschulheims Wülfingerode, Bleicherode-Land.

Die Heimvolkshochschule für junge Mädchen in Orsoy, Rhein.

Die Stadt Orsoy liegt an der linken Rheinseite in der Mitte zwischen Duisburg und Wesel. Die hier vorhandene Heimvolkshochschule für junge Mädchen arbeitet schon 13 Jahre unter der Leitung des Studienrates Ottsen. Ihm zur Seite stehen eine wissenschaftliche und eine technische Lehrerin, die beide auch auf lange Mitarbeit zurückblicken. Die Schule will jungen Mädchen — am liebsten im Alter von 18 Jahren und darüber — wissenschaftliche und hauswirtschaftliche Bildung vermitteln. Ihr Ziel ist Charakterbildung auf christlicher und vaterländischer Grundlage. Wie dieses Zeil erreicht werden soll, das ist in den Drucksachen der Schule, die Interessenten gern zu Diensten stehen, weiter ausgeführt. Zahlreiche Schülerinnen aus den verschiedensten Gauen des deutschen Vaterlandes, im ganzen rund 400, haben die Schule besucht. Kost- und Schulgeld betragen monatlich 50 oder 65 oder 80 Mark, je nachdem die wirtschaftliche Lage der Eltern ist, die verpflichtet werden, sich einer gewissenhaften Selbsteinschätzung zu unterziehen.

Arbeitsdienst und Werkhalbjahr.

Durch Einrichtung des freiwilligen Werkhalbjahrs hat die Reichsregierung allen Ostern 1933 zur Entlassung kommenden Abiturienten Gelegenheit gegeben, vor Uebertritt in die Hochschule oder vor Eintritt in den Beruf für die Dauer eines halben Jahres am Arbeitsdienst und Geländesport teilzunehmen. Es sind 4 Monate Freiwilliger Arbeitsdienst und etwa 1½ Monate Geländesport vorgesehen.

Wir rufen aus diesem Anlaß die evangelischen Abiturienten und Abiturientinnen auf, die Stunde nicht zu versäumen, in der sie sich in den Dienst einer neu werdenden Sache von größter Tragweite stellen können. Das Werkhalbjahr soll mehr sein als eine Flucht vor der schwierigen Frage der Berufswahl. Hier ist die Aufgabe gestellt, mitzuarbeiten am Aufbau des deutschen Arbeitsdienstes. Es ist eine einzigartige Gelegenheit geboten, den Ruf nach dem Einsatz der Kräfte der Jungmannschaft aus der Theorie in die Wirklichkeit umzusetzen. Der Arbeitsdienst braucht in der Periode seines Aufbaus Menschen, die zum Dienst bereit sind. Er gibt ihnen dafür das Erleben froher Kameradschaft mit Menschen aus allen Schichten unseres Volkes, besonders aber aus den einfachsten Schichten unserer Arbeiterschaft, im gemeinsamen Werk für das Gemeinwohl, wie im gemeinsamen Leben des Lagers. Der Arbeitsdienst braucht auch den Abiturienten, um eine gesunde Mischung der Volksschichten in ihm zu verwirklichen. Er gibt allen Gelegenheit zu lernen und ihre Kraft in der Härte, der Zucht und der männlichen Kameradschaft zu bewähren. Er gibt darüber hinaus dem Tüchtigen Gelegenheit, sich emporzudienen zum Führer, ohne den der Aufbau einer Arbeitsdienstpflicht nicht möglich sein wird.

Meldungen an das Evangelische Jugend- und Wohlfahrtsamt, Bielefeld, Altstädter Kirchpl. 2 a

Kampf gegen die Lüge

Volksaktion der NSDAP — Boykott im Rahmen der Gesetze

Reichskanzler Adolf Hitler hatte am Sonntag in Berchtesgaden eine mehrstündige Unterredung mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels. In dieser Unterredung ist der gesamte Aufbau des neuen Reichsministeriums, das in den nächsten Tagen seine Arbeit in großem Maßstabe beginnen wird, endgültig festgelegt worden.

Ein großer Teil der Besprechungen hat der wirksamen Abwehr gegen die nationale Regierung in Deutschland entfesselte Greuelpropaganda gegolten. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die nationalsozialistische Bewegung schon in den nächsten Tagen zu schärfsten gesetzmäßigen Gegenmaßnahmen in Deutschland greifen wird, um damit die intellektuellen Urheber und Nutznießer dieser landesverräterischen Hetze, die in der Hauptsache von ehemals in Deutschland ansässigen Juden im Auslande betrieben wird, zu treffen.

Wie weiter mitgeteilt wird, wird sich die Bewegung zur Abwehr der Greuelmeldungen im gesetzmäßigen Rahmen halten. Deshalb werde die Reichsregierung ihr auch keineswegs irgendwelche Schwierigkeiten machen, sondern ihr freien Lauf lassen. Die Reichsregierung selbst habe alles getan, um von sich aus der Greuelpropaganda entgegenzuwirken.

Wenn die Hetze trotzdem nicht aufhöre, so brauche man sich nicht zu wundern, daß nun spontan aus dem Volke heraus eine Gegenwehr einsetze.

Zu den Mitteln einer solchen Abwehr gehöre beispielsweise die Propagierung des Boykotts jüdischer Geschäfte. Die Reichsregierung werde sich dieser Bewegung gegenüber genau so verhalten, wie sich die ausländischen Regierungen zur Greuelpropaganda einstellen. Sie werde gegen die nationalsozialistische Abwehrbewegung nichts tun, solange nicht die Regierungen des Auslandes gegen die Greuelpropaganda in ihren Ländern einschreiten werden.

Beginn der Gegenaktion

Bildung von Boykottkomitees. — Beschränkte Zulassung der Juden zu den akademischen Berufen.

Wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz soeben erfährt, wird nunmehr die NSDAP. den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Greuel- und Boykotthetze gegen Deutschland in schärfster Form aufnehmen.

Es verlautet, daß bereits heute Abordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykottkomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Boykottdrohungen des internationalen Judentums ergehen. Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach sofortiger Einführung des numerus clausus für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden.

Ueber acht Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos, und unser eigenes Intelligenzproletariat zählt nach vielen Hunderttausenden. Trotzdem hat das deutsche Volk Hunderttausenden von jüdischen Intellektuellen die Teilnahme an seinen akademischen Berufen gestattet. Diese selben jüdischen Akademiker sind es in erster Linie, die heute Deutschland als Dank dafür vor der Welt in einer wahrhaft schamlosen Lügenhetze herunterzusetzen. Zur Abwehr dieses Treibens wird nunmehr die Forderung erhoben werden, dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwälte und der Aerzte nur dieselbe Quote zuzubilligen, die sie in der Gesamtzahl der Einwohnerschaft Deutschlands ausmachen.

Der Abwehrkampf soll durch Bildung besonderer Aktionskomitees und mittels einer riesenhaften Aufklärungspropaganda geführt werden.

Ein Appell Neuraths

Der deutsche Außenminister gegen die ausländische Hetzkampagne.

Die amerikanische Nachrichtenagentur „Associated Preß" veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die ihr Berliner Berichterstatter mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath gehabt hat.

Ich kann mir, so erklärte der Minister, die zur Zeit gegen die deutsche Regierung entfachte Propaganda nicht anders erklären, denn als eine bewußte und plötzliche Wiedergeburt der während des Krieges betriebenen Hetzkampagne. Wie absurd diese Propaganda ist, haben Sie ja persönlich erlebt. Sie konnten noch am Morgen von unglaublichsten Mißhandlungen lesen, die angeblich den Herren Breitscheid und Wels zuteil geworden waren, und hatten am Nachmittag Gelegenheit, die beiden Herren als Teilnehmer der Reichstagssitzung zu sehen.

Wenn zu Beginn der nationalen Revolution gewisse Uebergriffe einzelner vorgekommen sein mögen, so ist dieses sicher bedauerlich. Aber gleichzeitig ist zu sagen, daß noch nie in der Geschichte eine revolutionäre Umwälzung, wie die die jetzt in Deutschland vollzogene, stattgefunden hat, ohne daß gewisse Härten damit verbunden waren.

Meines Erachtens zeugt es von der ungeheuren dem deutschen Volke innewohnenden Disziplin, daß derartige Eigenmächtigkeiten nur in äußerst wenigen Fällen und auch dann nur in verhältnismäßig milder Form vorgekommen sind.

Sie werden selbst bemerkt haben, daß die energischen Aufrufe des Herrn Reichskanzlers und Ministers Göring, welche vor einigen Tagen derartige eigenmächtige Handlungen einzelner unter strengste Strafen stellten, einen durchschlagenden Erfolg hatten, und Fälle eigenmächtigen Vorgehens nicht mehr bekannt geworden sind."

*

Aufruf an die Auslandsdeutschen

An die im Auslande angeschlossenen deutschen Vereine und Verbände hat der Bund der Auslandsdeutschen folgenden Aufruf gerichtet:

„Verantwortungslose Elemente haben mit Hilfe eines Teiles der Presse fast aller Länder eine beispiellose Lügenpropaganda gegen das neue Deutschland und seine Regierung eingeleitet, um auf dem Wege über das Ausland der Reichsregierung und ihrem Werke der nationalen Einigung und des Wiederaufbaus in den Rücken zu fallen. Pflicht eines jeden Deutschen im Auslande ist es, dieser verbrecherischen Hetze, die in einzelnen Ländern sogar zu Ansätzen einer Propaganda für den Boykott deutscher Waren geführt hat, aufklärend entgegenzutreten und das verleumderische Treiben der Drahtzieher dieser Bewegung in schärfster Weise zu brandmarken.

Telegramm des Staatssekretärs Hull

Erste Wirkung des deutschen Abwehrfeldzuges.

Neuyork, 28. März.

Staatssekretär Hull hat an den Führer der jüdischen Protestbewegung, Rabbi Wise, ein Telegramm gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß nach dem Bericht der Berliner amerikanischen Botschaft dank der Mahnungen des Reichskanzlers Hitler und des Vizekanzlers von Papen die Zwischenfälle gegen Juden und jüdische Geschäfte, die sich in den ersten Tagen des Umschwunges ereignet hätten, so gut wie beendet seien.

Japan verläßt Genf

Die Austrittserklärung dem Völkerbund übermittelt.

Tokio, 28. März.

Die vom Geheimen Rat gebilligte Note über den Austritt Japans aus dem Völkerbund ist am Montag vom Kaiser unterzeichnet und noch am gleichen Tage dem Sekretariat des Völkerbundes telegraphisch übermittelt worden.

Nach dem Austritt Japans aus dem Völkerbund vertritt das japanische Marineministerium den höchst anfechtbaren Standpunkt, daß dieser Schritt keinen Wechsel im Mandat über die ehemals deutschen Südsee-Kolonien mit sich bringen könne. Die japanische Regierung hat auf Grund des einstimmigen Beschlusses des japanischen Kabinetts und des japanischen Geheimen Rates beschlossen, das Mandat über die ehemaligen deutschen Kolonien bis auf weiteres zu behalten.

Nadolny zum englischen Plan

Deutschlands Dank für MacDonalds Initiative.

Genf, 28. März.

Der Hauptausschuß der Genfer Abrüstungskonferenz hat am Montag die allgemeine Aussprache über den englischen Abrüstungsplan zu Ende geführt. Als letzter Redner legte Botschafter Nadolny den grundsätzlichen deutschen Standpunkt dar. Der Botschafter dankte namens der deutschen Regierung dem englischen Ministerpräsidenten dafür, daß die britische Regierung die Initiative für die endliche Lösung der bisher ungelösten Probleme ergriffen habe. Er erinnerte an das Wort MacDonalds, daß Deutschland Freiheit und Gerechtigkeit gegeben werden müsse, wenn nicht Europa der Zerstörung anheimfallen solle.

Die ganze Welt sei sich wohl darüber klar, daß der Grund für die heutige allgemeine Unsicherheit, vor allem in der durch die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge geschaffenen Lage zu suchen ist. Deutschland habe auf dem Gebiet der Abrüstung bereits seinen Teil geleistet. Vor mehr als einem Jahrzehnt habe es eine Abrüstung vollzogen, die ausdrücklich als der erste Schritt für die allgemeine Abrüstung bestimmt gewesen sei. Jetzt handele es sich darum, daß die anderen Staaten ihre versprochenen Gegenleistungen in Gestalt der Abrüstung ausführen.

Aber Deutschland habe, so führte Nadolny aus, noch mehr getan: Es habe nach besten Kräften an der Organisierung des Friedens mitgearbeitet. So sei es nunmehr auch bereit, den englischen Vorschlag über einen Ausbau des Kelloggpaktes anzunehmen. Die Voraussetzung für die Abrüstung der anderen sei längst durch die deutsche Abrüstung gegeben.

Der Botschafter nahm dann Bezug auf die Kanzlererklärung vor dem Reichstag, in der der Friedenswille der nationalen Regierung betont und die Beseitigung der Trennung der Völker in zwei Kategorien, in Sieger und Besiegte, gefordert wurde. Die durch die einseitige Entwaffnung der abgerüsteten Staaten und durch die Verzögerung der Abrüstung der anderen geschaffene Unsicherheit könne nur dadurch beseitigt werden, daß die Konferenz die Abrüstung verallgemeinere und einen gerechten Ausgleich der Rüstungen vornehme. Es müsse endlich einmal mit der Auffassung Schluß gemacht werden, als ob andere Staaten ein größeres Recht auf nationale Sicherheit besäßen als Deutschland und als ob Deutschland trotz seiner Abrüstung immer neue Garantien zu geben hätte.

Der deutsche Botschafter ging dann im einzelnen auf den englischen Vorschlag ein und stellte fest, daß die darin geforderten Rüstungsbeschränkungen, namentlich auf dem Gebiet der Luftfahrt, nicht weit genug gingen. Unter Hinweis auf die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung durch die bekannte Fünfmächte-Vereinbarung vom 11. März 1932 forderte Nadolny, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner in das System der allgemeinen Abrüstung eingegliedert werde; das Rüstungsverhältnis zwischen ihm und den anderen Staaten müsse gemäß seinem Recht auf nationale Sicherheit unter Berücksichtigung seiner geographischen Lage und seiner besonderen Verhältnisse in gleichem Umfang wie bei allen anderen Staaten geregelt werden.

Nach dem englischen Entwurf soll, führte der Botschafter wörtlich aus, die Gleichberechtigung erst nach fünf Jahren vollständig erreicht werden. Deutschland ist bereit,

eine Uebergangsperiode

anzunehmen. Die Rücksicht auf die Erfordernisse der Sicherheit Deutschlands und seiner nationalen Würde machen jedoch gewisse Aenderungen in den Bestimmungen des Planes über diese Periode notwendig.

Entwaffnung der Stahlhelm-Hilfspolizei

im Lande Braunschweig.

Braunschweig, 27. März.

Wie amtlich aus dem braunschweigischen Staatsministerium mitgeteilt wird, ist auf Anweisung des braunschweigischen Innenministers Klagges angeordnet worden, im gesamten Lande Braunschweig die Stahlhelmhilfspolizei zu entwaffnen.

*

Die Gründe für die Entwaffnung der Stahlhelmhilfspolizei in Braunschweig. — Erklärung des Braunschweigischen Innenministers.

Braunschweig, 27. März. Der braunschweigische Innenminister teilt amtlich mit: Der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, nahm seit einigen Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergeschlagenen marxistischen Organisationen auf. Heute nahm diese Eintrittsbewegung Massencharakter an. Hunderte ehemaliger Reichsbannermitglieder, Sozialdemokraten und Kommunisten zogen zum Teil in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung der Stahlhelm-Hilfspolizei zum Wachtlokal des Stahlhelms in dem Gebäude der Ortskrankenkasse. Fortgesetzt wurde Frei-Heil, Front-Heil und Rot-Front gerufen. Vor dem Hause und in den anliegenden Straßen sammelten sich erregte Mengen von Kommunisten und Sozialdemokraten, aus deren Mitte drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die NSDAP. laut wurden. Unter Duldung des Stahlhelms nahm der rote Mob, der seit Wochen sich nicht mehr aus seinen Schlupfwinkeln herausgewagt hatte, eine drohende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitler-Jungen ein. Es kam sogar zu Mißhandlungen von Hitler-Jungen durch Stahlhelmer. Infolge dieser unerhörten Haltung des Stahlhelms, durch die der Erfolg der nationalen Erhebung in Braunschweig auf schärfste gefährdet wurde, bemächtigte sich der nationalen Bevölkerung der Stadt unbeschreibliche Erregung. Minister Klagges sah sich jetzt gezwungen, einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Ueberholung der Krankenkasse eingesetzt, während SA. und SS. Plätze und Straßen in der Umgebung absperrten und säuberten. Die Stahlhelmhilfspolizei wurde entwaffnet, Hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich festgestellt und ganze Pakete von ausgefüllten Anmeldungen beschlagnahmt. Unter den sichergestellten Papieren befinden sich Mitgliederlisten geschlossener Schufo-Formationen und SPD.-Ortsgruppen. Reichsbannermitgliederbücher und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammelten. Es ist ferner festgestellt, daß die Schufo-Abteilungen auf Verabredung an den Stahlhelm herangetreten sind, um auf diese Weise den Kampf gegen die NSDAP. und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Hause befindliche Stahlhelmführer und sämtliche dort festgestellten Zivilisten wurden wegen des Verdachts, eine gegenrevolutionäre Erhebung vorbereitet zu haben, in Haft genommen.

Eine inhaltlich gleiche Erklärung gibt auch die nationalsozialistische Stabsführung der Untergruppe Braunschweig heraus.

Schon das erste Abrüstungsabkommen muß allen Unterscheidungen qualitativer Art ein Ende machen. Für alle Staaten müssen dieselben Waffenkategorien verboten und dieselben Rüstungsarten erlaubt sein. Die beste Art der Abrüstung wäre, die in den Friedensverträgen verbotenen Waffen allen Staaten zu verbieten und ihre alsbaldige Zerstörung durchzuführen.

Zusammenfassend erklärte Nadolny, daß Deutschland den englischen Entwurf als eine gute und zweckmäßige Grundlage für das abzuschließende Abkommen betrachtet und zu seiner Diskussion bereit ist. Deutschland ist bereit, sich jedem Verfahren anzuschließen, das einen praktischen Weg zu einer Einigung bietet.

Rücktritt des Braun-Kabinetts

Die Mitglieder der früheren preußischen Regierung legen endgültig ihre Aemter nieder.

Berlin, 28. März.

Amtlich wird mitgeteilt: Der bisherige Ministerpräsident Dr. Braun und die bisherigen Staatsminister Dr. Hirtsiefer, Severing, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Klepper, Dr. Steiger und Grimme haben dem Herrn Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, mitgeteilt, daß sie sich auf Grund des Beschlusses des Preußischen Landtags vom 22. März d. J. von der Verpflichtung aus der Vorschrift des § 59, Absatz 2, der preußischen Verfassung entbunden fühlten und ihre Aemter endgültig niederlegten. Der Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, hat die Kenntnisnahme dieses Beschlusses bestätigt.

Ein Erlaß Görings

Berlin, 28. März.

Der preußische Minister des Innern (Kommissar des Reiches) hat an alle preußischen Polizeibeamten folgenden Erlaß gerichtet: „Die Minister der sogenannten preußischen Hoheitsregierung haben 1,4 Millionen RM, die für Euch zur Verbesserung Eurer Unterbringung und Ausrüstung bestimmt waren, für rein parteipolitische Zwecke der Regierung Braun-Severing verwendet. Die Mehrzahl der Schuldigen hat sich der Verantwortung vor den preußischen Gerichten durch die Flucht entzogen. Ich werde nicht rasten, bis diese gewissenlose Handlungsweise ihre verdiente Sühne gefunden hat. Für die Wiedergutmachung des Euch zugefügten Schadens werde ich durch die Beschlagnahme aller Einkünfte und sonst greifbarer Vermögensstücke der ehemaligen Regierungsmitglieder Sorge tragen."

Gerekes Verfehlungen

Die Feststellungen des Verbandes der Preußischen Landgemeinden.

Berlin, 28. März.

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Lange-Weißwasser trat der telegraphisch einberufene engere und der Gesamtvorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu den in der Oeffentlichkeit bereits bekanntgewordenen Anschuldigungen gegen Landrat a. D. Dr. Gereke Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache und Prüfung wurde folgendes festgestellt:

Durch Maßnahmen, die erst jetzt im einzelnen aufgeklärt werden konnten, und sich nach Ansicht des Vorstandes als arglistige Täuschung und Betrug darstellen, hat Dr. Gereke bereits im Jahre 1925 erreicht, daß ihm das Eigentum an der Verbandszeitschrift „Die Landgemeinde, Zeitschrift der Landgemeinden", übertragen wurde. Aus der auf diese Weise unrechtmäßig in seinen alleinigen Besitz gekommenen Zeitschrift sind Dr. Gereke in den Jahren 1925 bis 1932, wie in der Oeffentlichkeit bereits bekanntgeworden ist, erhebliche Beträge zugeflossen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Zeitschrift im Privateigentum des Dr. Gereke gestanden hat, war eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit durch den Verband der Preußischen Landgemeinden unmöglich gemacht.

Die gesamte Finanzverwaltung des Verbandes der Preußischen Landgemeinden und insbesondere die Verbandskasse mit ihren sämtlichen, vorwiegend aus Mitgliedsbeiträgen bestehenden Einnahmen und mit ihren Ausgaben sind regelmäßig durch zwei von dem Vorstand bestellte Kassenprüfer und außerdem durch einen vereidigten Bücherrevisor geprüft worden. Irgendwelche Verfehlungen sind hierbei niemals festgestellt worden, vielmehr hat sich stets ergeben, daß die Verbandsfinanzen einwandfrei verwaltet und geführt worden sind.

Von den Verfehlungen des Dr. Gereke ist der Deutsche Landgemeindetag ebensowenig betroffen wie die Finanzverwaltung und die Kasse des Verbandes der Preußischen Landgemeinden.

Ueber von Dr. Gereke begangene Unregelmäßigkeiten, die bei der Abrechnung über rein politische, für Wahlzwecke bestimmte und mit dem Verbande in keiner Weise in Verbindung stehende Gelder vorgekommen sind, haben Reichsminister a. D. von Keudell und Ministerialrat z. D. Schellen pflichtgemäß der Reichsregierung Bericht erstattet.

Wahl eines neuen Präsidenten

Zum Präsidenten des Verbandes wurde einstimmig Ministerialrat z. D. Schellen gewählt, ebenso einstimmig wurde Reichsminister a. D. von Keudell in den engeren Vorstand gewählt; die Wahl wurde angenommen.

Der Vorstand sprach dem neuen Präsidenten seinen besonderen Dank für die im engsten Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden Bürgermeister Lange-Weißwasser vorgenommenen Arbeiten zur restlosen Aufdeckung der Verfehlungen des Dr. Gereke aus.

Der Verband und seine Leitung haben durch diese schonungslose Aufdeckung bewiesen, daß auch sie mit allen Kräften bemüht sind, der altbewährten preußischen Sauberkeit im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen.

Haussuchung auf dem Gut Gerekes.

Zwei Beamte des Berliner Polizeipräsidiums nahmen in Pressel auf dem Gut des früheren Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Gereke, eine Haussuchung vor. Die Beamten beschlagnahmten mehrere Akten.

Wer wirbt für den „Aufwärts"?

Aus dem Kreis der Leserschaft des „Auwärts" werden wir immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Leser unseres Blattes die Aufgabe hätten, mehr für die weitere Verbreitung des Blattes zu tun und daß sich die Werbearbeit für den „Aufwärts" auch noch immer lohne. Es wurde nun der Wunsch geäußert, wir möchten ein kleines Werbeblättchen herstellen, das sich leicht in der Tasche oder in der Brieftasche mitführen lasse, um es bei jeder Gelegenheit zur Hand zu haben. Dieses Blättchen ist nun jetzt vorrätig und kann von der Geschäftsstelle des Aufwärts in jeder Anzahl bestellt werden. Wir bitten nun recht dringend und herzlich, von dieser Werbegelegenheit Gebrauch zu machen und mitzuhelfen, daß der „Aufwärts" noch in manches deutsche Haus einkehrt. Für diejenigen, die seit seiner Gründung Leser des „Aufwärts" sind, wird es ja eine besondere Freude sein, daß nun die politische Entwicklung die Wendung genommen hat, für die unser Blatt seit 1½ Jahrzehnten kämpfte. Es wäre unser herzlichster Wunsch, wenn der beginnende Frühling und Sommer keine Abnahme, sondern eine bedeutende Zunahme der Bezieherzahl brächte.

Reichskommissar Kerrl im Amt

Amtseinführung im preußischen Justizministerium.

Berlin, 28. März.

Der zum Reichskommissar für das preußische Justizministerium ernannte Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, hat die Amtsgeschäfte offiziell übernommen. Der bisherige Reichskommissar, Staatssekretär Hölscher, begrüßte namens der Beamtenschaft den Reichskommissar und sprach ihm die herzlichsten Glückwünsche aus.

In seiner Erwiderung führte Reichskommissar Kerrl aus, durch die nationale Revolution habe sich eine grundlegende Umwandlung zur nationalen Volksgemeinschaft vollzogen. Eine saubere, in sich gefestigte Justiz werde eine wesentliche Grundlage des neuen Staates sein. Zum ersten Male trete mit ihm ein Mann an die Spitze des Justizministeriums, der nicht aus der höheren juristischen Laufbahn hervorgegangen sei. Es sei keineswegs so, daß der Nationalsozialismus das Fachwissen nicht schätze. Aber ungewöhnliche Zeiten erforderten ungewöhnliche Maßnahmen und neue Männer. Ihm selbst sei die Justiz kein fremdes Gebiet. Er gehöre ihr bereits seit dem Jahre 1907 an. Vor allem aber kenne er das Volk, seine Wünsche und Bedürfnisse.

Schaffung eines einigen Bauerntums

Berlin, 28. März.

Um das Landvolk sämtlicher deutscher Stämme und Gaue zu einer alle Teile des Vaterlandes umfassenden freien Kampforganisation des deutschen Bauern im neuen Reich zu sammeln, hat das Präsidium des Reichslandbundes die Spitzenvertretungen der übrigen landwirtschaftlichen wirtschaftspolitischen Bauernorganisationen (Vereinigung der Deutschen christlichen Bauernvereine, Deutsche Bauernschaft, Bayerischer Bauernbund, Nationalsozialistische Bauernschaft) zu einer Besprechung am 4. April nach Berlin eingeladen.

Die Vereinigung der Deutschen Christlichen Bauernvereine wählte einstimmig den Freiherrn v. Lüninck, der schon immer für eine Zusammenlegung der Bauernvereine und des Reichslandbundes eingetreten ist, zum alleinigen Präsidenten der Vereinigung. In einer Entschließung wurde die Bildung der nationalen Regierung begrüßt und die Unterstützung dieser Regierung bei dem Aufbau der von ihr gekennzeichneten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zugesagt.

Großfeuer in Oberfranken

14 Wohngebäude und 21 Scheunen bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

In einem Hause des Städtchens Teuschnitz brach Feuer aus, das furchtbare Auswirkungen hatte. Durch die Abwesenheit der meisten Einwohner, die das schöne Wetter ins Freie gelockt hatte, wurde der Brand sehr spät bemerkt und konnte sich daher in kurzer Zeit stark ausbreiten. Dazu gelang es anfangs der Feuerwehr infolge Wassermangels nicht, das Feuer einzudämmen.

Von Haus zu Haus und von Scheune zu Scheune fraß sich das Feuer, begünstigt durch den ziemlich starken Wind, fort. Erst nach Eintreffen der Kronacher Motorspritze gelang es, dem Wüten des Elements Einhalt zu gebieten. Auf Anordnung der Feuerwehr und der Polizei wurden die umliegenden Häuser geräumt. Durch die aufopfernde Tätigkeit der gesamten aus der näheren und ferneren Umgebung zusammengezogenen Feuerwehren konnte verhindert werden, daß neue Brandherde entstanden. Die Ursache ist noch völlig ungeklärt. 14 Wohngebäude und 21 Scheunen sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Bücher und Zeitschriften.

Hans Berneck: **Unter der Führung des Höchsten.** Des deutschen Malers Ludwig Richter Lehr- und Wanderjahre. Kolpa-Verlagsgesellschaft m. b. H., Neukirchen, Kreis Mörs.

Ludwig Richter ist der Freund des deutschen Hauses. Das hat Hans Berneck eindringlich und klar herauszustellen gewußt. Das Wort Wilhelm v. Kügelgens: Jeder Mensch hat seine innere Lebensgeschichte, das als Motto dieser Lebensschilderung vorausgeht, beweist sich im Leben Ludwig Richters als Wahrheit und unwiderlegbare Gewißheit. Dieser inneren Lebensgeschichte im Leben Ludwig Richters nachzugehen und mit ihr die äußeren Fäden des schicksalreichen Werdens zu verbinden, das hat der Verfasser sehr gut verstanden. Es ist ein Buch für die Freunde des deutschen Malers, geschrieben zur Vertiefung und Verinnerlichung seiner Eigenart und seines Wesens.

M. Sto.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

—Bielfeld. **Der Bühnenvolksbund,** Bielefeld, hat in letzter Zeit sich sehr viel Mühe gegeben, für die Arbeitslosen irgendwelche Unterhaltung zu schaffen. Auch für den 3. April hat er wieder ein **volkstümliches Konzert für Erwerbslose** in der Oetker-Halle vorgesehen. Um nun einen Teil der entstehenden Kosten aufzubringen, veranstaltet der Bühnenvolksbund am selben Tage, abds. 8,15 Uhr ein allgemeines Konzert. Das Lorenzsche Orchester und einige Solisten vom Bielefelder Stadt-Theater *wirken* mit. Der Eintrittspreis für das Abendkonzert beträgt 0,50, 0,75 u. 1,— *RM.* Die Geschäftsstelle des Bühnenvolksbundes ist Alleestr. 2.

— Bielefeld. An der **Ingenieurschule, Technikum Lage in Lippe,** haben ihre Prüfung bestanden:
Herr Fritz Büker, Bielefeld, als Maschinen-Werkmeister,
Herr Walter Knetter, Sieker-Bielefeld, Elektro-Ingenieur
Herr Wilhelm Koch, Bielefeld, als Maschinen-Ingenieur,
Herr Walter Groß, Brake b. Bielefeld, als Maschinen-Ingenieur.

Alters- und Erholungsheime in Baden-Baden

Für die in Baden-Baden neu ins Leben gerufenen Alters- und Erholungsheime können sich sofort Damen und Herren zum dauernden, wie auch vorübergehenden Niederlaß melden. Die Heime sind mit allen Einrichtungen moderner Hygiene und Annehmlichkeiten ausgestattet und soll jeder Anstaltstyp vermieden werden, sodaß ein familiäres Heim gewährleistet ist.

Baden-Baden ist ein Luftkurort von Weltruf, hat ein gleichmäßiges durchaus mildes Klima und ist anziehend für jeden Geschmack. Prachtvolle Bäme und gepflegte Rasen füllen das schmale Tal aus, das einst die Sommerfrische vornehmlich französischer und russischer Gesellschaft war und nicht zuletzt der ständige Erholungsaufenthalt des ehemaligen deutschen Kaisers. Die Landschaft hat einen südlich heiteren Zug; die weiche Luft mildert den Winter und bringt hier den wonnigen Frühling zustande. Durch seine altberühmten heilkräftigen Thermalquellen ist Baden-Baden weltbekannt, als die Perle der deutschen Bäder.

Um die notwendigsten Dispositionen treffen zu können, wollen sich Interessenten jetzt schon unverbindlich vormerken lassen mit Angabe der evtl. Einkaufssumme oder der Ihnen zur Verfügung stehenden monatlichen Beitragszahlung.

Eilangebote sind zu richten unter **K. R. 1555** an
Ala-Haasenstein & Vogler, Karlsruhe i. B.

ZIONSKIRCHE BETHEL

Mozart-Abend

Freitag, den 31. März 1933, abends 8 Uhr

Ausführende: Der Kirchenchor Bethel, ein Sologuartett (Frl. Annemarie Augenstein, Frau Bincke-Tödheide, Herr Schneider, Herr Dr. Lagemann), Orgel: Herr Gerard Bunk. Leitung: Herr J. P. Seiler.

Die Vortragsfolge
bringt nur Werke von Mozart (1756–1791)
1. Orgelsoli: a) Fantasie f-moll
b) Andante C-Dur für Flöte und Orgel, für Orgelsolo bearbeitet von G. Bunk
2. Chöre und Soloquartette aus dem
Requiem

Eintritt 50 Pfennig :: Textheft 10 Pfennig
Vorverkauf: Anstaltspost, Telefonamt, Buchhandlung.

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten

Aluminium-Geschirre
für Küche und Tisch
Sowie die bei uns selbst angefertigten
Korbwaren, Sessel und Tische
Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Nordsee! Insel **Amrum!**
„Seeheim" Christliches Erholungshaus Volle Pension 4.— bis 4.50 RM.
Privatkinderheim Paulsen. Von 60.— RM monatlich an. Fordern Sie Hausprospekte durch den Besitzer der Heime
Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.

Bibelleseblätter
Anleitung zum täglichen fruchtbaren Bibellesen
Im Auftrage des Deutschen (Gnadauer) Verbandes für Gemeinschaftspflege und Evangelisation herausgegeben vom Vorsitzenden P. D. W. Michaelis, Bethel bei Bielefeld
Ab April wird das Markus-Evangelium behandelt.
Führer beim persönlichen Bibelstudium
Handreichung für die Hausandacht
Hilfsmittel zur Vorbereitung auf Bibelstunden
Preis vierteljährlich 40 Pfennig bei portofreier Zusendung. Bei Abnahme größerer Mengen wird Rabatt gewährt! Beim Postamt bestellt 35 Pfennig und Bestellgeld.
Gnadauer Verlag-Bethel . Postscheck: Hannover 49370.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Dienstag, keine Bibelstunde.

Die mir für den Brötchenabend im Pertheshaus zugedachten Gaben erbitte ich schon bis Mittwoch mittag nach „Ephrata".

— **Hühner einsperren!** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt an die Hühner wieder eingesperrt gehalten werden müssen, weil mit der Bestellung der Gärten begonnen ist. Der Anstalts-Vorstand.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts". Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.